

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

221 (23.9.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Legungspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 Pf. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 Pf.

Ausgabe: Wertags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die beigelegte Kabinettskrise

Der Sieg des Reichsfinanzministers im Kabinetts

Herr Dr. Wirth, der sein Verbleiben im Amte von der Annahme eines von ihm ausgearbeiteten Programms abhängig gemacht hatte, hat offenbar im Kabinetts den Sieg davongetragen, wie die folgende offiziöse Meldung bezeugt:

WTW. Berlin, 23. Sept. Die gestrige Kabinetts-Sitzung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten beschäftigte sich mit der Vorlage des Reichsfinanzministers. Ueber die Grundzüge der zu verfolgenden Politik ergab sich eine einheitsliche Auffassung des Kabinetts. Zur Aufrechterhaltung des vom Reichsfinanzminister eingebrachten Rücktrittsgesuches liegt daher keine Veranlassung mehr vor. Der Ministerpräsident hat die Befolgungsvorlage mit Vorbehalt kleinerer Änderungen angenommen. Die von der Nationalversammlung verabschiedeten Steuerentwürfe müssen unbedingt durchgeführt werden, insbesondere auch das Reichsnotopfer, von dem ein erheblicher Teil durch ein besonderes Gesetz dem Reiche zugeführt werden soll. Ferner soll die Stellung des Reichsfinanzministers im Reichskabinetts verbleiben und sein Einfluß auf die Finanzangelegenheiten des Reichs erweitert werden, da eine unbedingte Notwendigkeit besteht zur Vermeidung des Zusammenbruchs der Finanzen und einen Stillstand und möglichst einen Abzug in den Reichsausgaben herbeizuführen. In den ordentlichen Etat von 1921 sollen grundsätzlich keine neuen Ausgaben eingestellt werden und eine systematische Erleichterung der Kriegsausgaben im Zusammenhang des Ausbaus von wachsenden Anlagen durchgeführt werden. Neue Beamtenstellen sollen nicht geschaffen werden. Weiter wurde beschlossen, größere Sparanstrengungen auf persönlichen und sachlichen Gebieten, fortschreitender Abzug der bisher genehmigten Stellen, schärferer und beschleunigter Abzug der bestehenden Kriegsgeldbeschlüssen und Kriegsgeldstellen unter Mitwirkung und Kontrolle des Reichsfinanzministeriums, schleunige Abwicklung des Kriegsfonds und der noch bestehenden Stellen des alten Heeres und Zusammenlegung aller Organisationen, welche dem gleichen Zweck dienen. Das Reichskabinetts ist dafür, daß die Bewältigung des Fehlbetrags von 16 Milliarden bei der Eisenbahn und 2 Milliarden bei der Post angeht werden muß. Schließlich beschloß das Kabinetts einstimmig, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf vorliegender Grundlage des Berichtes der Sozialisierungskommission den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaus vorzulegen. Die obersteinständige Frage hat das Reichskabinetts nicht beschäftigt. Stellungnahmen über einen neuen, vom Reichsminister Dr. Simon ausgearbeiteten Plan sind völlig unzutreffend.

Eisenbahnen und Verkehrsperre

Berlin, 22. Sept. (Amtlich.) Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Erlaß an alle Direktionen der Reichseisenbahn gerichtet:

Aus allen Teilen des Landes gehen mir Meldungen und Beschwerden von Interessenten zu, daß Eisenbahnbeamte und Arbeiter, Gewerkschaften und Betriebsräte in die Beförderung der Herbstkartoffeln eingreifen, die Bestellung von Wagen verweigern oder von dem Nachweis nichtbeherrschlicher Genehmigung abhängig machen. Beamte und Betriebsräte haben sogar verlangt, daß mit dem Verband der Kartoffeln erst begonnen werden soll, wenn die Eisenbahner des betreffenden Anbaubezirks selbst mit Kartoffeln genügend eingebettet seien. Ein derartiges eigenmächtiges Vorgehen der Beamten und Arbeiter der Eisenbahn darf unter keinen Umständen gebilligt werden. Das muß den normalen und ruhigen Verlauf unserer Volkswirtschaft fördern und eine katastrophale Wirkung ausüben, namentlich auf die Bewohner großer Städte und derjenigen Gebiete, die selbst keine Kartoffeln anbauen können. Es ist also auch vom menschlichen Standpunkte aus nicht zu billigen, wenn die Eisenbahner nur an sich denken. Es kann auch nicht gebilligt werden, daß als Vorwand für den Eingriff in die Beförderung der Kartoffeln die beabsichtigte Ausfuhr gewisser Kartoffelmengen behauptet wird. Es ist Sache der hierfür zuständigen Behörden, zu entscheiden, ob eine derartige Ausfuhr zugelassen werden muß. Weisung ist sie notwendig im Interesse der Einfuhr lebenswichtiger Auslandsartikel.

Ich bitte die Eisenbahndirektionen, sämtliche Dienststellen und Beamtenteile eingehend von Vorstehendem zu unterrichten und über die Folgen ihrer Haltung aufzuklären. Ich habe das Vertrauen zu den Beamtenteilen, daß sie sich den vorstehenden Gründen nicht verschließen werden. Sollte dies nicht gelingen, so müssen im Interesse der Staatsautorität die Eisenbahndirektionen eingreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht ernstlich zu gefährden.

Ein neuer Rat zur Behebung der Kartoffelnot

Berlin, 23. Sept. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ hat sich ein wirtschaftspolitischer Kabinettsrat gebildet, dem der Wirtschaftsminister, der Finanzminister, Staatsminister, Arbeits-, Verkehrs- und Ernährungsminister angehören. Das Kabinettsrat hat dieses Wirtschaftskabinetts gestern seine erste Sitzung abgehalten hat.

500 Mark für den Flaggenräuber

WTW. Berlin, 22. Sept. Vor der Strafkammer des Landgerichts I wurde heute gegen den 21jährigen Arbeiter Paul Arzewinski verhandelt, der am 14. Juli die französische Fahne vom Dach der französischen Botschaft am Pariser Platz entfernte. Er bestritt, daß er für seine Tat Geld erhalten habe oder dazu angefangen worden sei. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Arzewinski ist zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte habe, wie die Urteilsbegründung ausführt, nicht aus eigenem Willen Beweggründen gehandelt, auch nicht, um das Deutsche Reich in politische Verlegenheit zu bringen, sondern in höchster Erregung. Das Publikum sei durch das Verhalten der Franzosen sehr gereizt worden.

Vor der Präsidentenwahl in Frankreich

Paris, 22. Sept. (Havas.) Leon Bourgeois riefte ein Schreiben an Doumergue, in welchem er erklärte, auf der Ablehnung jeglicher Kandidatur zu bestehen, um Mitglied des Völkerverbundes bleiben zu können. Leon Bourgeois schließt mit der Erklärung, er werde weiterhin mit allen Kräften den Ideen republikanischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit dienen.

Paris, 22. Sept. Kammerpräsident Raoul Peret erklärte heute Parlamentariern gegenüber, er könne nur befehlen, daß er nicht Gegenkandidat Millerands sei und unter keinen Umständen die Kandidatur einer Partei annehme.

Paris, 22. Sept. Die offiziellen Resultate der Wollversammlung des Senates von heute nachmittag sind folgende: Stimmente 818; für Millerand 528, Bourgeois 113, Peret 157 Stimmen. Einige Zettel waren leer, einige lauteten auf andere Namen. Millerand ist damit zum einzigen Präsidentschaftskandidaten bezeichnet worden.

Genf, 21. Sept. Die französischen Zeitungen hatten sich in ihrer Allgemeinheit für verpflichtet, den Entschluß Millerands, seine Kandidatur für die Präsidentschaft offen aufzustellen, als die glückliche Lösung der durch den Rücktritt Deschanel's eröffneten Regierungskrise zu begrüßen. Auf der entgegengesetzten Seite behandelt die sozialistische Presse die ganze Diskussion über den Präsidentenwechsel als eine Komödie. Herr Deschanel war nach dieser Auffassung bereits im Augenblick seiner Wahl im Januar schon genüßkrank. Das „Journal du Peuple“ berichtet, daß Deschanel, als er im Elysee einzog, bereits an Zwangsvorstellungen litt und daß diese Gemütskrankheit offen zum Ausdruck kam infolge eines gewissenstollen Unteroffiziers zu fallen. Er hatte aus der Denkschrift des Verteidigers die Ueberzeugung gewonnen, daß ein Reichstribunal verlagte, mußte sich aber dem Gutachten des zuständigen Ministeriums fügen, das die Ablehnung des Genabengesuches verlangte. Diese Erzählung des „Journal du Peuple“ ist nicht dokumentiert worden, sie dürfte also wahr sein. Sie erklärt auch die geheimnisvollen Umstände, denen Herr Deschanel während der letzten Monate ausgesetzt war. Er wollte sich durch Selbstmord der Ueberwindung entziehen, die seine Umgebung für notwendig hielt.

Der Kampf zwischen England und Rußland

Moskau, 23. Sept. (Funkdruck.) Lord George hat die politischen Verhandlungen mit Rußland abgebrochen und darf sich daher nicht beklagen, wenn sich jetzt eine große Bewegung gegen Großbritannien in Asien besonders geltend macht.

Das Ende der Finanzwirtschaft

Unaufhaltsam sinkt der Kurs der deutschen Mark, und all die Lebensmittel und Rohstoffe, die wir im Ausland kaufen müssen, werden schon wieder unerreichbar. Das bürgerliche Reichsministerium, das die deutsche Geldwirtschaft zu ordnen versprochen, das den Notendruck einstellen wollte, das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur deutschen Währung wieder herstellen sollte, ist mit allen seinen Bemühungen gescheitert. Die Öffentlichkeit weiß leider nicht einmal, worin diese Bemühungen bestanden haben.

Die deutsche Finanzwirtschaft ist seit Helfferich eins der traurigsten und dunkelsten Kapitel. Die trivialen Saffar-deure, die einst prophezeiten, die Last der Milliarden deutscher Kriegsausgaben würden die Feinde tragen, liegen ein vollkommen zerrüttetes Finanzwesen zurück. In den Stürmen der Revolution ließ es sich nicht ordnen; die überstürzte Demobilisation erforderte Milliarden Kosten und verschlang große Werte.

Es ist nicht richtig, wenn die Unabhängigen behaupten, sie hätten damals sofort mit kräftigem Quarriff Ordnung schaffen wollen. Tatsache ist vielmehr, daß die beiden unabhängigen Finanzminister in München und Dresden, Dr. Jaffe und Geyer, den Widerstand gegen neue Reichssteuern organisierten, genau wie der Unabhängige Kurt Eisner, der Vater jenes bayerischen Partikularismus ist, der heute das Reich zu zertrümmern und alle Errungenschaften der Revolution zu vernichten droht. Jedenfalls blieben all die wechselnden Finanzminister unfruchtbar, und erst Erzberger's Energie schuf ernsthafte Besitztümer, die technisch vielleicht kein Meisterwerk, aber politisch und finanziell immerhin die Erfüllung einer Notwendigkeit waren. Der allübende Haß der Kapitalisten und Reaktionäre brachte Erzberger zur Strecke. Er wird wieder kommen; denn trotz aller seiner Fehler — dieser Haß ehrt ihn.

Erzberger's Nachfolger Dr. Wirth hat ehrlich versucht, das Erbe zu verwirklichen. Seine Kraft hat dazu nicht im entferntesten ausgereicht. Wenn der Konflikt mit Giesberts und Bröner beigelegt wird, durch den Dr. Wirth sich einen guten Abgang zu schaffen suchte, so ist er doch fertig; seine Kraft ist verbraucht.

Von einer widerwilligen und vielfach sachkundigen Beamtenchaft gehemmt, ist es Dr. Wirth nicht gelungen, die Wirtschaft in die Wirklichkeit umzusetzen. Noch immer besteht der empörende Zustand, daß zwar der Steuerabzug bei den Minderbemittelten durchgesetzt ist, daß aber Vermögensabgabe und Einkommenbesteuerung der Wohlhabenden noch immer in der Vorbereitung der Durchführung stecken. Die vom Reichsfinanzministerium ausgegebenen Fragebogen sind in ihrer Unbehilflichkeit komisch, zuweilen aber in ihrer kaum verhüllten Anweisung an die Agrarier, wie sie am besten Steuern hinterziehen können, geradezu einstudiert. Nach diesen Anweisungen können z. B. Grundstücke, die für Wohnzwecke benutzt werden sollen, statt mit dem gemeinen Wert mit dem Ertragswert in Anrechnung gebracht werden. Wer also Baustellen unbebaut liegen läßt, um damit zu wuchern, hat höchstens ein paar Pfennige Ertragssteuer von der winterlichen Eisbahn zu zahlen, die er auf dem Baugelände gießen läßt.

Die Steuererklärungsstermine sind von Monat zu Monat hinausgeschoben worden. Kein Steuerertrag kommt in die Reichskasse. Einzelstaaten und Gemeinden, auf den Ertrag der Reichseinkommensteuer angewiesen, wissen nicht mehr aus noch ein. An Stelle des Steuerertrags tritt ein Notendruck, die fortwährende Vergrößerung der schwebenden Schuld. Die Nichtentziehung der Steuern hat zur Folge, daß alle Schichten der Bevölkerung, ganz besonders aber die Besitzenden, ein Vielfaches von dem verbrauchen, was im niedergedrückten Deutschland verbraucht werden dürfte. So ist in abgemessenen Zwischenräumen die Entwertung des deutschen Geldes auf dem Weltmarkt fortwährend unabwehrbar. Neben den schweren Fehlern der Ernährungspolitik, welche die Lebensmittelfuhr freizulassen suchte, ohne sich darum zu kümmern, wie lange und womit wir sie bezahlen können, ist das Versagen des Reichsfinanzministeriums die natürliche Ursache der furchtbaren Krise, der wir im Winter entgegenstehen.

Wir vermuten, daß Herr Dr. Wirth selbst nicht mehr glaubt, in sich die Kräfte zu haben, die nötig sind, um in die Finanzen einigermaßen Ordnung zu bringen. Bestenfalls wird er sein ministerielles Dasein noch um einige Monate fristen, aber wir fürchten, daß nicht einmal das zum Nutzen des Reiches wäre. Der Versuch, im Reiche ohne die Sozialdemokratie zu regieren, herbeigeführt durch den Ausfall der Wahlen und durch die strikte Weigerung der Unabhängigen, Mitverantwortung zu übernehmen, kommt dem deutschen Volke teuer zu stehen.

Die Kartoffelversorgung

Offizielle Kritik am Verhalten der Bedarfsverbände

WTW. verbreitet diese Nachricht: Berlin, 22. Sept. Dem Vernehmen nach bereiten die Bedarfsstellen der Anlieferung der ihnen vertraglich zugewiesenen Kartoffeln Schwierigkeiten. Während die Landwirte auf Verladung drängen, suchen einzelne Bedarfsverbände die Annahme dadurch hinauszuzögern, daß sie die Einzahlung der Vorshüsse und die Aufgabe von Verladadressen verzögern. Hierdurch geht kostbare Zeit verloren; die Einbeziehung der Bevölkerung mit Winterkartoffeln wird dadurch gefährdet. Da die Kommunalverbände bestimmte Reserven als Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung während der Wintermonate sicherzustellen haben, erscheint es geboten, die angebotenen Kartoffeln schleunigt abzunehmen. Bei weiterem Zuwarten besteht die Gefahr, daß die Landwirtschaft zur Einmühtung schreitet; für diesen Fall wäre eine Verladung dieser Kartoffeln vor dem Frühjahr nicht mehr zu erhoffen, weil die Landwirtschaft später durch die Abenernte und die Feldbestellung in Anspruch genommen ist.

Wo unsere Genossen auf die Geschäftsgebarung der Bedarfsverbände Einfluß haben, werden sie sicherlich schnell sich vergewissern, in welchem Umfange die oben stehenden Klagen zu Recht erhoben werden.

Seite 8.
roibraun
Mertz, Mainz
oche
er 1920.
lichter und
Erst-
neater und
pielabende
Eintracht
stellungen
esmuseum
erein.
estaltungen
durch die
hen Woche
thaus, so
Karlsruhe.
figur
lich empfohlen
Kallerstr. 118
aturen werden
elmosi
heißt
Eiffingstr. 25.
und da?
hische
hat?
Breite.
raße Nr. 30.
spiele
rasse 26.
t der 7. Teil.

Arbeiter und Kartoffelwucher

Die plötzliche Aufgabe der öffentlichen Bewirtschaftung der Nahrungsmittel, die als „Zwangswirtschaft“ bekannt geworden ist, bringt die größte Unruhe in die Bevölkerung. Davon werden auch jene Kreise betroffen, die von der Wiedereinführung des freien Handels eine Verbilligung der außerdem reichlicher fließenden Nahrungsmittel erhofften. Das Empfinden des Kartoffelwuchses in den verschiedensten Gegenden Deutschlands droht zu einer Katastrophe zu führen.

In manchen Bezirken haben die Gewerkschaften und vor allem die Eisenbahner bereits zu dem drastischen Mittel der Bahnsperrung gegriffen, um die Versorgung ihres Gebietes mit Kartoffeln sicher zu stellen. So lagten, wie wir berichtet haben, in Frankfurt a. M. vor einigen Tagen die freien Gewerkschaften, die Eisenbahnerverbände, die christlichen Gewerkschaften, überhaupt alle Arbeitnehmersverbände, um gegen die drohende Kartoffelnot Maßnahmen zu ergreifen. Es handelte sich darum, eine Sperrung über die Zufuhr von Kartoffeln aus dem Wirtschaftsgebiet herbeizuführen, solange nicht das Wirtschaftsgebiet selbst mit Kartoffeln versorgt ist. Es wurde namentlich gefordert, daß die Regierung den Vertragspreis von 1,75 aufhebe und Höchstpreise festsetze. Man reut von dieser Seite einen Lieferpreis von 20 Mark ab. Radikation an. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Präsidenten Neumann vom Ernährungsministerium in Darmstadt, der dringend rief, ohne Nervosität auch an die Beratungen heranzutreten. Offen sei der schärfste Gegner der Lieferungsverträge; allein die ungeheure Preissteigerung der letzten Tage müsse man auf das gegenseitige Überleben der Verbraucher zurückführen. Man müsse sich genau überlegen, ob man mit den Sperrmaßnahmen nicht einen Schlag ins Wasser tue. Eher sei zu erwägen, die Eisenbahndirektion zu veranlassen, keine Wagen für Kartoffellieferungen über den Direktionsbezirk hinaus zur Verfügung zu stellen. Damit gelange man auf legalem Wege genau so weit, wie man es mit der ungesetzlichen Sperrung erreichen wolle. Auch der Regierungsrat Gehmann von der Regierung in Kassel warnte vor den Folgen, die aus einer Sperrung entstehen könnten. Dennoch müsse das Interesse der Verbraucher unbedingt in den Vordergrund gestellt werden. Ein Preis von 20 Mark sei als angemessen zu betrachten. Erst wenn alles getan sei, was auf gesetzlichem Wege möglich ist, soll man zur Selbsthilfe schreiten. Im Verlaufe der Debatte kam zum Ausdruck, daß die Bauern die Kartoffeln an das Vieh veräußern werden, wenn die Zwangswirtschaft für Fleisch aufgehoben wird, so daß man wohl teures Fleisch, aber keine Kartoffeln haben würde. Die Vertreter der Eisenbahner versicherten, daß für die Sperrung die Organisation bis ins Kleinste vorbereitet sei. Der Vertreter der Eisenbahndirektion warnte vor der Herausforderung des Konflikts zwischen der Eisenbahndirektion und ihrer Arbeiterkraft. Es gelangte schließlich in einer Resolution zum Ausdruck, daß vom 2. September ab die Sperrung über die Kartoffellieferung eintritt, während sofort die Sperrung für die Einstellung von Wagen in Kraft trat. Damit wird verhindert, daß das Eisenbahnvermögen sich jetzt Wagen bestellt und bei Nichtlieferung die Eisenbahn regreßpflichtig machen kann. Auf Vorschlag des Regierungsvertreters wurde die Resolution über die Sperrung als ein bestmögliches Ultimatum der Landwirtschaft angestellt. Die Regierungsvertreter werden von sich aus sofort mit der Reichsregierung in Verbindung treten, um die Schwere der Lage zu mildern.

Am Montag erklärt nun der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau eine Bekanntmachung, wonach die Landwirte in größerem Umfange sich bereit erklären an bedürftige Kreise die Kartoffeln zu 20 M abzugeben. Auf Grund genauer Unterlagen hat der Oberpräsident festgestellt, daß hierzu für den Preisaat Hessen und die Provinz Hessen-Nassau 1 800 000 Zentner Kartoffeln erforderlich sind.

Das kommunistische Joch für die Verkülvung der Unabhängigen

Die unabhängige Berliner „Freiheit“ schreibt über die kommunistische Diktatur:

In den Statuten der Internationale wird im dritten Paragraphen bestimmt, daß alle der kommunistischen Internationale angehörenden Parteien folgenden Namen zu tragen haben: „Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der kommunistischen Internationale)“. Ferner ist bestimmt, daß es in jedem Lande nur eine kommunistische Partei geben darf.

In der Sonntagsnummer der „Roten Fahne“ wird mitgeteilt, daß die kommunistische Partei Deutschlands ihren Namen geändert hat und sich von nun an „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Dritten Internationale)“ nennt. Der Zweck dieser Namensänderung ist klar. Die Kommunisten können damit an, daß derjenige Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der die Moskauer Bedingungen akzeptiert, einfach in der kommunistischen Partei aufgehen hat.

Bei seiner Verkörperung über Moskau hat der Führer der Kommunisten, Dr. Kewl, seine Anhänger, die fürchteten daß die

„Freiheit“ der Kommunisten durch den Zutritt der Unabhängigen leiden könnte, mit folgenden Worten beruhigt: „Wir werden die Bedingungen auslegen, wie wir sie auffassen und werden sie viel schärfer stellen als die U.S.P.D.-Leuten glauben sie schinden zu müssen.“

Die Namensänderung erhält den Sinn dieser Worte. Die kommunistische Zentrale will auch weiterhin die unbedingte Leitung in der neuen kommunistischen Partei behaupten.

Die Namensänderung schafft aber auch für die Unabhängigen Sozialdemokratie klare Verhältnisse. Sie beweist, daß die Kommunisten ihr Ziel, die Verkülvung der Unabhängigen Sozialdemokratie, schon für vollbracht ansehen. Die Kommunisten fühlen sich als Sieger.

Die Schleier sind gefallen, unsere Parteigenossen wissen nunmehr, was sie zu tun haben. Wer die Bedingungen von Moskau anerkennt, der hat alle Brücken hinter sich abzubauen. Für ihn gibt es keine Verbindung mehr mit den Parteigenossen, mit denen er bisher gewissermaßen als Schulter gefolgt hat; er hat sich der kommunistischen Partei einzuordnen, für ihn hört jedes Selbstbestimmungsrecht auf, er darf fortan nur das ausführen, was von den kommunistischen Instanzen angeordnet wird.

U. S. P.

Wie die Unabhängigen mit der gleichen Waffe bekämpft werden, die sie gegen die Sozialdemokraten gerichtet haben

Unter der Überschrift „Die Parteiführer in Leipzig an der Arbeit“ berichtet die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ aus Leipzig:

Im Volkshaus hat eine Sitzung von Mitgliedern der U.S.P. stattgefunden, in der der Feldzug gegen die Sozialdemokratie, wie am besten die Partei in Leipzig gerichtet werden könnte. Die Veranlasser hatten sich für ihren Zweck den aus seinem Auftritte in Dresden berückichtigten Dr. Stern beschriebenen, der hier einen Vortrag hielt. Dr. Stern hat vor einiger Zeit in Dresden eine sehr able Rolle gespielt und dort Treiberer in der Parteioffensive geführt. In Dresden ist aber die Treiberer zugleich durchgefallen worden. Stern konnte seine ehrsüchtigen Pläne dort nicht erreichen und deshalb verlor er nun das Feld seiner Tätigkeit nach Leipzig. Er gab in seinem Referat Anweisungen, welche Argumente benutzt werden sollen, um die Genossen für die Annahme der Moskauer Bedingungen zu gewinnen. Zu Eingang seines Referats sagte er, die Parteiführer streben sich nur deshalb gegen die Bedingungen, weil sie Angst um ihre Posten haben. Stern sagte, am liebsten hätte er es, wenn die ganze U.S.P. auf die Bedingungen festgelegt würde, die widerstrebenden Elemente müßten aber unbedingt bekämpft werden. Es sei dann immer noch besser, eine kleine Partei zu sein, als diese Elemente unter sich zu haben. Im besonderen hielte Stern gegen die „Leipziger Volkszeitung“.

Der erste Diskussionsredner erwiderte sich sofort als gelehriger Schüler von Trotski, indem er mit den gleichen schamlosen und verfluchten Argumenten arbeitete. Er sagte, den Führern geht es nur um ihre Posten, nicht um die Interessen der Partei. Krawinkel empfahl, die „Roten Fahne“ zu lesen. Die „Leipziger Volkszeitung“ müsse obbestellt werden. Tanneberger: Man müsse vielmehr mit allen Mitteln und rücksichtslos darauf hinarbeiten, den ganzen Parteiparat in die Hände zu bekommen. Im Anschluß an die Aussprache über die „Leipziger Volkszeitung“ sagte einer der Teilnehmer, wir müssen versuchen, ein Mitglied des Presbiteriums auf unsere Seite zu bringen, das dann versuchen muß, der Redaktion ein Vorkaufsrecht auszustellen. Auf diese Weise bekommen wir eine revolutionäre Redaktion. Der Redaktor der „Leipziger Volkszeitung“ muß ausgetrieben werden. Weiterer sagte, es müsse im besonderen bei den Diskussionen auf die Fehler der U.S.P. bei dem Parteitag hingewiesen werden. Das müsse bei den Massen. Im Anschluß an diese Diskussionen bemerkte die „U. S. P.“: Wie aus dem vorstehenden Bericht ersichtlich ist, gibt es eine Anzahl von Mitgliedern der U.S.P., die drauf und dran sind, in der struppellosesten Weise die Partei zu verlassen. Wenn übrigens bei den Diskussionen auf die Fehler der U.S.P. hingewiesen werden, so könnte man ja im gleichen Ton antworten: Die Teilnehmer dieser Konferenz sind nur deshalb für die Annahme der Bedingungen, weil sie hoffen, dabei einen Posten ergattern zu können.

So wie in Leipzig wird es auch anderwärts innerhalb der U.S.P. gehen. Ganz natürlich. Die Anhänger der U.S.P. sind mit den Mitteln elendester, verlogenster und niederträchtigster Hebe seinertzeit gegen die alte Partei aufgebracht worden. So wurde 1918 die Parteipaltung von den heutigen Unabhängigen betrieben. Jetzt werden sie mit den gleichen Mitteln bekämpft, die zu führen sie jahrelang ihren Anhängern gelehrt haben.

So hat man die Einheitsfront der deutschen Arbeiter erreicht, so die Ausübung der Erfolge der Revolution auf sich zu nehmen, geschädigt, so die Reaktion gestärkt. Auf diesem Gebiete hat die „Leipziger Volkszeitung“ das Menschlichste getan. Man erfährt sie, wie sich ein solch freudiges Treiben anfühlt. Man empfindet keinen Freude darüber, daß es innerhalb der U.S.P. nun derartig zugeht, aber wir registrieren die Vorgänge als Warnende Signal für die Arbeiter. Und wir fügen ihnen die Mahnung zu, in Zukunft etwas taubere Ohren gegen alle zu haben, die stets mit radermaßen Redensarten so freigeschüttelt.

Der Mißbrauch mit Arbeitslosen

Die „rote Fahne“, das Zentralorgan der K. P. D., beginnt nachgerade langweilig zu werden. Tag für Tag beschuldigt sie an der Spitze ihres Blattes Aufrufe. In der deutschen „Proletariat“, in denen zu Demonstrationen, zu Proteststreiks, zu Generalfstreiks, zu Umzügen usw. in verschiedener Reihenfolge aufgeführt wird. Die „rote Fahne“ redet wohl selbst nicht darauf, daß ihre Aufrufe prompt befolgt werden; denn Disziplin ist etwas, das die wahren Revolutionäre als eine spießbürgerliche Einrichtung stolz abtun zu können meinen. Würde nämlich das deutsche Proletariat allen diesen Parolen der hiederen „Roten Fahne“ folgen, so hätten wir in den sieben Tagen der Woche sieben Protest- oder Generalfstreiks, oder auch ein paar mehr, unterbrochen durch Umzüge, Demonstrationen usw. Da das deutsche Proletariat seit langem schon nicht mehr daran denkt, den Streikenergießen des kommunistischen Organes zu folgen, wäre die Sache soweit ja ganz harmlos, wenn nicht in der letzten Zeit in diesem Blatte eine angelegentlich würde, die zu einer Gefahr für die Arbeiterkraft, insbesondere für ihren notleidenden Teil, die Arbeitslosen nämlich, sich auszuwirken drohen.

Die neuesten Mißbräuche der Kommunisten gelten nämlich nicht dem arbeitenden Proletariat, sondern sie richten sich an die Arbeitslosen. Wenn man bedenkt, daß bei diesen durch die schwere Zeit, unter der sie zu leiden und durch den Hunger, mit dem sie zu kämpfen haben, leicht eine besonders verzweifelte Stimmung entsteht, und daß sie infolge dessen zu unüberlegten Handlungen besonders leicht zu mißbrauchen sind, so wird man das Verhalten der Kommunisten für gar nicht ungeschickt halten. Um so gewisser ist es aber, daß der allgemein erzeugten Stimmung nicht Zusammenstoße allzu leicht möglich, und wenn man bedenkt, wie die Bürgerlichen, die ihre Schandenfreude über die Verhüllung des Proletariats kaum nach zurückhalten können, in der letzten Zeit mit Mißbräuchen gearbeitet haben, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß sich berartige Subjekte unter die demonstrierenden Arbeitslosen mischen, um sie zu Unberlegtheiten anzuhalten. Es ist deshalb nicht das Bedenken einer mißbräuchlich revolutionären Stimmung, sondern einer höchst widerwärtigen Demoralisierung, wenn die „rote Fahne“ plötzlich die Unbedingtheit macht, daß die Arbeitslosen für „Strrupp der revolutionären Bewegung“ seien. Diese Auffassung ist ebenso verlogen, wie ungeschicklich. Denn Erwerbslosigkeit und Revolutionarismus haben nichts miteinander zu tun. Man kann Erwerbsloser und dabei doch höchst reaktionär sein, und der Strrupp der Arbeiterbewegung wird sicher nicht von den lautesten Schreibern geführt. Diese Leute, die das Wort „Proletariat“ ständig im Munde führen, und „Revolution“ mit drei I schreiben, werden in steigendem Maße eine große Gefahr für die deutsche Arbeiterkraft.

Aus Berlin wird berichtet:

Im Anschluß an die Demonstration im Aufgärten, die von Kommunisten und Arbeitslosen einberufen worden war, drangen etwa 250 Arbeitslose und Obdachlose in das Asyl für Obdachlose ein und hausten dort wie die Vandalen. Es gerümpelten Türen und Fenster und griffen Personen tödlich an. Den Sicherheitsbeamten gelang es, mehrere der Rädelführer festzunehmen.

Ein Appell russischer Sozialisten

Dr. Fritz Reiche russischer Sozialisten, die sich im Moskauer Parteitag einig waren, in fast bedingten (72 linke Sozialrevolutionäre, 42 rechte Sozialrevolutionäre, 27 Maximalisten, 80 Anarchisten und 5 Sozialdemokraten) richteten folgenden Aufruf an die Arbeiter und Sozialisten westeuropäischer Länder: Ihr werdet befragen, noch nie war die Lage der Arbeiter so schwer und die Herrschaft der Schieber so unglücklich wie jetzt. In den Dörfern ist starke Bourgeoisie im Entstehen begriffen und die Verhältnisse sind voll von Sozialisten. Die Sozialrevolutionäre Gals, Timofeev, Eugenie Ratner, Bedenjatov, Denisloj, Morozoff, Vera, Giffelt, Sletowa (fr. Tschernomog), die Maximalisten Samojloff und Neufort sind im Gefängnis, der Sozialdemokrat Sobin ist vor Hunger gestorben, der linke Sozialrevolutionär Tscherepanoff wurde getötet. Die Feinde

Pichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

„O nein,“ antwortete der Ratschreiber, „man weiß nirgends etwas davon, man hätte ja zugleich eure geheime Sendung nach Württemberg damit ausposaunen müssen. Keil! Ich habe, Gott sei Dank, so meine eigenen Quellen und erfahrenes manches noch in der Stunde, wo es getan oder gesprochen wurde. Aber nehmt mir nicht übel, Ihr habt da einen dünnen Streich gemacht!“

„So,“ antwortete Georg lächelnd, „und warum denn?“

„Doch,“ antwortete der Ratschreiber, „ich habe Euch auszeichnen? Wenn wären die Bundesobersten mehr Dank schuldig als —“

„Sagt es mir heraus,“ unterbrach ihn Georg — „als dem Kundschafter in des Feindes Rücken. Es ist mir schade, daß mein Vater und die Ehre meines Namens mich vor, und nicht hinter den Feind bestimmt haben, es sei denn, daß er vor mir flieht.“

„Dies sind Bedenkligkeiten, die ich nicht bei Euch gesucht hätte. Wahrscheinlich, wenn ich so bekannt in jener Gegend wäre wie Ihr, man hätte es mir nicht zweimal sagen dürfen.“

„Ihr habt hierzuland vielleicht andere Grundzüge über diesen Punkt,“ sagte Georg nicht ohne Spott, „als wir in unserem Franken, das hätte Truchsez von Waldenburg bedenken und einen Ulmer schiden sollen.“

„Ihr bringt mich da eben recht noch auf etwas anderes. Der Oberstfeldwebel! Wie habt Ihr ihn Euch so zum Feinde machen mögen? Denn daß dieser Euch das Gedächtnis in seinem Leben nicht vergeißt, dürft Ihr gewiß sein.“

„Das ist mein geringster Kummer,“ antwortete Georg, „aber eines tut mir weh, daß ich den Uebermüthigen, der schon meinem Vater Böses getan, wo er konnte, nicht vor meine Klänge stellen und ihm zeigen kann, daß der Arm nicht so ganz zu betrachten ist, den er heute von sich gestochen hat.“

„Im Gottes willen,“ fiel Kraft ein, „spricht nicht so laut, er könnte es hören. Ueberhaupt müßt Ihr Euch sehr zusammennehmen, wenn Ihr ferner im Heere unter ihm dienen wollt.“

„Ich will den Herrn Truchsez von meinem verhassten Anblick bald befreien. So Gott will, habe ich die Sonne zum Leutenmal in Ulm untergehen sehen!“

„So wäre es wahr,“ fragte Herr von Kraft mit Staunen, „was man noch dazu suchte und was ich nicht glauben konnte: Georg von Eichenfeder will wegen dieser Kleinigkeit unsere gute Sache verlassen?“

„Verletzung der Ehre ist nirgends eine Kleinigkeit,“ antwortete Georg ernst, „am wenigsten bei einem Stand wie der unfrige. Was aber eure gute Sache betrifft, so habe ich nachgerade eingesehen, daß ich weder für eine gute Sache, noch für eine gute Meinung, sondern für ein paar große Herren und für ein paar Mauerer voll Spießbürger mich schlagen sollte.“

Der unangenehme Eindruck, den besonders die letzten Worte auf den Ratschreiber machten, entging ihm nicht, er fuhr daher, indem er seine Hand ergriß und brühte, ruhiger fort: „Nehmt mir meine scharfen Worte nicht übel, mein freundlicher Wirt, wieh Gott, ich habe Euch nicht damit beleidigen wollen. Aber aus Eurem eigenen Munde habe ich die Bestimmungen und Zwecke der verschiedenen Parteien in diesem Heere erfahren. Schreibt es Euch selbst zu, wenn ich meinen eigenen Weg einschlage, da Ihr mir die Wunde von den Augen genommen habt.“

„Ihr habt so unrecht gerade nicht, guter Junker. Es wird bunt hergehen, wenn die Herren erst das schöne Land da drüben unter sich teilen. Aber da habe ich gedacht, es geht ja in einem Hin. Ihr könntet Euch auch Euer Scherlein dabei bedienen. Man sagt, Ihr dürft es mir aber nicht übelnehmen, Euer Haus sei etwas herabgekommen, da meinte ich —“

„Nichts davon!“ fiel Georg rasch ein, gerührt von der Gütmüthigkeit seines Gastfreundes. „Das Haus meiner Väter zerfällt, unsere Toren hängen auf gebrochenen Ängeln, auf der Zugbrücke mächt Moos, und auf dem hohen Wurturm haufen Gulden. In fünfzig Jahren steht vielleicht noch ein Turm oder ein Mauerstück und erinnert den Wanderer, daß hier einst ein ritterliches Geschlecht hauste. Aber wenn auch die morghen Wägen über mir zusammenstürzen und den Leuten meines Stammes unter ihren Trümmern begraben, niemand soll von mir sagen: Ich habe für unrechtes Gut das Schwert meines Vaters gezogen.“

„Neder nach seiner Weise,“ antwortete Dieterich, „es klingt dies alles recht schön; aber ich für meinen Teil würde mir schon etwas gefallen lassen, um mein Haus anfänglich und wohlthätig wiederherzustellen. — Möget Ihr übrigens Euren Entschluß ändern oder nicht, auf jeden Fall hoffe ich, werdet Ihr es Euch noch einige Tage bei mir gefallen lassen.“

„Ich erlerne Eue Güte,“ antwortete Georg, „aber Ihr seht, daß ich unter den gegenwärtigen Umständen nichts mehr

in dieser Stadt zu tun habe. Ich gedente mit Anbruch des Morgens zu reiten.“

„Aun, und kann man Euch Grüße mitgeben?“ fragte der Ratschreiber ihm überaus schlaun Lächeln. „Ihr reitet doch den nächsten Weg nach Württemberg?“

Der junge Mann erwiderte bis in die Stirne hinauf. „Es war zwischen ihm und seinem Gastfreund seit Mariens Abreise dieser Gegenstand noch nicht zur Sprache gekommen; um so mehr überreichte ihn jetzt die schlaue Frage seines Gastfreundes. „Ich sehe,“ sagte er, „daß Ihr mich noch immer falsch versteht. Ihr glaubet, ich habe dem Vunde nur deswegen den Rücken zugekehrt, um mich an die Feinde anzuschließen? Wie möget Ihr mir so schimm von mir denken!“

„Ach, geht mir doch!“ entgegnete der Ratschreiber. „Niemand anderes als mein reizendes Mädchen hat Euch von uns abwendig gemacht. Ihr hättet wohl so allem, was der Vunde getan, ein Auge zugebracht, wenn der alte Pichtenstein auch mitgemacht hätte. Nun er auf der andern Seite steht, glaubt Ihr auch schnell umfallen zu müssen!“

Georg mochte sich verteidigen, wie er wollte, der Ratschreiber war zu fest von seiner eigenen Klugheit überzeugt, als daß er sich diese Meinung hätte ausreden lassen. Er fand diesen Schritt auch ganz natürlich und sah nichts Böses oder Unethisches darin. Mit einem herzlichen Gruß an die Waise in Pichtenstein verließ er das Zimmer seines Gastes. Doch auf der Schwelle wandte er sich noch einmal um. „Fast hätte ich das Wichtigste vergessen,“ sagte er, „ich begehete Georg von Frankenbergs auf der Straße. Er läßt Euch bitten, heute abend noch zu ihm in sein Haus zu kommen.“

Georg hatte sich zwar selbst vorgestellt, daß ihn Frankenbergs nicht ohne Abschied werde ziehen lassen, und doch war ihm lange vor dem Anblick dieses Mannes, der es so schnell durchkreuzt hatte. Er schaltete unter den Gedanken an diesen schweren Gang sein Schwert um und wollte eben seinen Mantel zurück legen, als ein sonderbares Geräusch von der Treppe her seine Aufmerksamkeit auf sich zog. Schwere Tritte vieler Menschen näherten sich seiner Türe, er glaubte Schwert und Helmbüchel zu dem Entschluß seines Vortrages klirren zu hören. Er machte schnell einige Schritte gegen die Türe, um sich von dem Sturm seiner Vermuthung zu überzeugen.

Aber noch ehe er die Türe erreicht hatte, ging diese auf. Das matte Licht einiger Kerzen ließ ihn mehrere bewaffnete Kriegsmann, der ihm heute vor dem Kriegstrag empfangen hatte, trat aus ihrer Mitte hervor.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter! Parteigenossen!

Arbeiter! Parteigenossen!

Das Reichsgesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung ist der Regierung der Deutschen Republik von der Entente in Spa aufgezogen worden. Die deutsche Regierung hat für seine Durchführung zu sorgen mit dem Endziel, daß nur die Reichswehr und die in Ausübung ihres Berufes zum Waffentragen berechtigten Beamten in Besitz von Militärwaffen bleiben.

Das Gesetz ist verfassungswidrig. Trotzdem denken die im Besitz von Waffen befindlichen reaktionären Kreise im Reich vielerorts gar nicht daran, ihre Waffen abzugeben, sondern es werden noch dauernd Militärwaffen, insbesondere nach dem platten Lande, verschoben, von wo sie bei einer Neuauflage des Rapp-Putsch Verwendung gegen die verfassungstreue Bevölkerung finden sollen. Jene Kreise machen sich dabei die Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz zunutze, nach denen alleinige Gutsbesitzer und Bürger später entwaffnet werden sollen als Industriearbeiter und das übrige Land. Es verstärken die Landbünde unter dem Deckmantel des Selbstschutzes die Bewaffnung des platten Landes.

In dieser Bewaffnung des platten Landes liegt die größte Gefahr für die Zukunft der Deutschen Republik. Ein neuer Putsch gegen Preußen oder das Reich oder auch die Durchführung der reichsfeindlichen Bestrebungen der bayerischen Separatisten müßten den Reichsland in noch viel schlimmere Wirren stürzen, als es der Rapp-Putsch tat. Wenn die Arbeiterklasse schließlich auch mit der Reaktion ebenso fertig würde, wie im März d. J., so würde doch der Wiederanstieg Deutschlands durch solche gewaltsamen Störungen auf lange hinaus dem neuem schwer gehemmt. Vor allem aber könnte auf dem platten Lande die Wehr gegen revolutionäre Bestrebungen aufgehoben werden, wie sie Deutschland seit dem 30jährigen Kriege nicht mehr sah. Denn vielerorts würden die Landarbeiter, die auf dem Lande vertriehen Waffen zu finden wissen und sie dann nicht gegen ihre Brüder in der Stadt, sondern gegen ihre reaktionären Brüder gebrauchen. Wer die völlige Forderung Deutschlands verhindern will, muß deshalb ein wachsames Auge auf diese Vorgänge haben. Unseren Parteiorganisationen erwachsen aus dieser Situation besondere Pflichten:

Der Parteivorstand muß über die Sabotage des Entwaffnungsgesetzes laufend unterrichtet werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird die Regierung nach Zulassung des Reichstages über die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes sofort interpellieren. Wir eruchen deshalb die Parteiorganisationen allerorts, Berlin, den 21. September 1920.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

dem Parteivorstand, Adresse: Wilhelm Pfanck, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, sofort Mitteilung darüber zu machen, ob und wohin in ihrem Wirkungsbereich Waffen verschoben und wo solche versteckt sind. Wir haben unter dem in der Deutschen Republik geltenden freien Gemeinbewaffnungsrecht heute in den meisten Orten Gemeinbewaffner, die die Möglichkeit haben, sich über Waffenverschöbungen und -verstecke in ihrer Gemeinde zu unterrichten. Selbstverständlich sind nur solche Mitteilungen von Wert, die absolut zuverlässig sind und ganz konkrete Angaben enthalten; mit Gerüchten ist uns nicht gedient.

Weiter eruchen wir um Mitteilung darüber, ob und wo sich die verschiedenen Landbünde und Selbstschutz-Organisationen weigern, die Waffen abzugeben, damit wir die Reichsregierung zum Eingreifen veranlassen können. Diese Selbstschutz-Organisationen behaupten zumeist, verfassungstreue zu sein, sind aber nichts als die Stütztrupp der auf Umsturz der Verfassung lauernden Reaktion.

Es kommt nicht allein auf die Erfassung der Waffen an, sondern auch auf das Ausschließen und Unschädlichmachen der Organisationen, die entgegen dem Friedensvertrage und den Anordnungen der Reichsregierung immer noch im geheimen aufrecht erhalten werden; in erster Linie der Selbstschütz-Organisationen, über die vielerorts Listen geführt und von Proleten, Oberleuten und verabschiedeten Offizieren geleitet werden. Diese Organisationen sind durchweg von Feinden der Republik geleitet. Wo sie nicht bewaffnet sind, rechnen sie mit den überetatmäßigen Waffen, die in den Kasernen lagern. Deshalb fordern wir von der Reichsregierung, daß die Reichswehr die überetatmäßigen Waffen sofort abzugeben hat, damit sie nicht eines Tages von Reichsputschisten gegen die Republik gebraucht werden können. Die Entwaffnung der Junker und Junkerengenossen muß gleichzeitig mit der der Arbeiter vorgenommen werden.

Wir müssen Deutschland, das zu seiner Wiederaufrichtung Ruhe braucht, davor behüten, zwischen Reichsputschisten und Generalstreiks bis zur schließlichen Selbstvernichtung hin- und hergeworfen zu werden.

Arbeiter, Parteigenossen! Unterstützt und in unserm Bestreben, die Republik gegen alle Mächten und von rechts zu schützen, die schließlich nur Bewegungen auslösen müssen, wie wir sie im März d. J. im Ruhrgebiet erlebt haben. Damit Deutschland eine ruhige Weiterentwicklung garantiert wird, ist in erster Linie die Entwaffnung der Reaktion erforderlich. Deshalb, Parteigenossen, habt acht! Die Sicherheit der Deutschen Republik hängt von der Wachsamkeit ihrer Arbeiterklasse ab.

zereien, Marmeladefabriken und ins Schnapsfach. Statt Frucht, hausgemachtes Muz und Mürbchen erhält das Volk Schnaps und teure durch etwas Quecksilberzusatz mangelhaft gemachte Marmelade.

Auch die zur Sicherstellung der Fleischversorgung gegen den wilden Viehhandel getroffenen Maßnahmen hat die Regierung wieder aufgehoben. In Folge Erhöhung der Fleischpreise! Bei Weihnachten haben wir kein Fleisch mehr zu essen. Schon wird von wachsenden Bauern im schauungsbaren Schleichhandel das Getreide, statt es abzuliefern für 600 bis 1000 Mark pro Zentner an Schleier und Kammerer verschwendet; die Schweine fressen die Kartoffeln und laufen die Milch, nach welcher unsere Menschen und überflüssigen Mütter und Jungfrauen Amber pergeln müssen. Wiederholt hat der Vertreter der Stadt Freiburg im höchsten Marktpreisprüfungsausschuß der Empörung darüber Ausdruck verliehen, daß der geldmächtige Mannheimer Kartoffel-Exporthandel bereits den ganzen Ernteertrag Badens in seiner Gewalt habe, während Freiburg und das Oberland bitteren Mangel leiden und der bodenständige Kartoffelhandel erdrückt wurde. Dabei ward festgestellt, daß die Kartoffeln mit und ohne abgemessenen Fruchtgewicht außer Landes verschoben werden, von wo sie dann als „Auslandsware“ zum höheren Preise wieder hereinkommen.

Im ganzen Land wird bittere Klage darüber geführt, daß der wucherische Handel alles aufkaufe und bald keine Kartoffeln mehr zu haben seien, weil die Bauern die Kartoffeln im Boden vergraben, um zur Zeit der Arme, Beamte, Angestellte, Arbeiter, der keinen großen Vorrat einzulagern fähig ist, die lebensnotwendigen Nahrungsmittel nur noch zu unerträglich hohen Preisen erhalten können. Wenn unsere Wirtschaft also weiter geht und vom Wucherhandel das Vieh, Obst und die Kartoffeln aufgekauft und zu Wucherpreisen verschoben werden, darf man da dem bezweifelten Volk überlassen, wenn es durch Preiselstöße dem blutjagenden Schmarotzertum das Handwerk zu legen sucht? Ver-

die Kämpfe der Gegenwart führt das Kabinett der Expressionisten, in dem Pabst in ein ger, der sich als Durlader entpuppte, Schlichter und Raß obenan stehen. Hier spürt man den Hauch der Gegenwart mit all ihrer Zerrissenheit und all ihren Gegensätzen am stärksten. Eine reiche Sammlung von Graphit (Holzschnitten, Radierungen, Zeichnungen und Aquarellen) ergötzt das Bild der gegenwärtigen Kunstbewegung.

Nachdem durch die Ausstellung die badische Künstlergemeinschaft in einem neuen Sinn zusammengeseht ist, wäre es die Aufgabe des Vereines, in weiteren Ausstellungen das „Welt“ der wichtigsten teilweise geradezu neu-entdeckten Künstler in Kollektivausstellungen in Einzelnen herauszuarbeiten. Damit würde der Verein den Schritt von der bloßen Verkaufsvermittlungsanstalt zum entscheidenden Kulturfaktor machen. Seine Ziele wären nicht mehr allein der Treffpunkt der sonntäglich gekleideten Bürger, die dort ihre Stadtneugierde austauschen und nebenbei ein Bild „schön finden“; sie würden eine Stätte der lebendigen Kunst werden zur Aufrechterhaltung der Geister und zur tätigen Mitarbeit aller an den Fragen der Gegenwart. Denn wenn die Probleme der Zeit irgendwo sichtbar Gestalt annehmen, so geschieht dies in den Werken der Kunst. Wer sieht nicht die gleichen revolutionären Strömungen, die das Menschengeschlecht durchziehen im Politischen, Wirtschaftlichen und im Kulturellen in gleicher Weise unbeherrschbar sichtbar sich auswirken in den Werken der lebendigen Kunst?

Badisches Landestheater

Kloster „Neben“ erlebte am Sonntag eine Aufführung, die ein Ereignis innerhalb der badischen Woche darstellte. Die Eigenart des mit dem widersprechenden Untertitel „Dramatische Einfönne“ angelegten Werkes liegt in der Herabsetzung seines Stoffes auf der einen und der wunderbaren musikalischen Anordnung auf der andern Seite. Wohl wird aus dieser Zweisheit das oft verhängnisvolle Bestreben des Komponisten erkennbar, in jedem Moment „bedeutend“ zu sein; aber gegenüber der tiefen Musikalität Klosters, des Reichthums an harmonischen Farben und der tiefgeistigen Themenführung ist und bleibt der Eindrud stets so überwältigend, wie er unter den nachwagnerischen Werken nicht mehr anzutreffen ist. Dazu kommt die überlegene Behandlung des Orchesters, — in der Vermittlung von Alfred Lorenz wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Wohl trägt die Musik oft einen stark impressionistischen Charakter, aber das außerordentlich Malerische an ihr weist sie über alles Zeitbedingte weit hinaus. Hier zeigt sich die Gestaltungskraft des Dirigenten und seiner Schar besonders deutlich.

Arbeiter! Parteigenossen!

Badische Politik

Schwere Fenerung in Sicht

Die beachtenswerte Anklage des Karlsruher Preisprüfungsamtes

Der Umstand, daß insbesondere den Preisprüfungsstellen die Mitschuld an den nachgerade unheilbar gewordenen Zuständen vorgeworfen wird, gibt dem Karlsruher städt. Preisprüfungsamt Veranlassung, in einer längeren Zuschrift an uns den Nachweis zu liefern, daß nicht etwa die Preisprüfungsstellen verschuldet, sondern die Regierung. Eine uns mit dieser Behauptung identifizieren zu wollen, brüden wir uns nicht. Die wesentliche aus der Zuschrift ab, die in erster Linie eine wunde Anklage gegen das überhandgenommene Wucher- und Schiebertum darstellt. Es heißt darin:

Wiederholt wird von notleidenden Verbrauchern der städt. Preisprüfungsstelle die Mitschuld an der fortgeschrittenen Steigerung der Preise aller Lebensmittel vorgeworfen. Dieser Vorwurf trifft die falsche Stelle! Konstellationen der Preisprüfungsstelle wird zur Wucherbehaftung des Marktes ermöglicht. Die gemachten Erfahrungen sind freilich bitter. Übermächtig sind die offenen und versteckten Wucherer jener Kreise, welche von der Selbstsucht und dem Eigennutze leben, oder unterm Joch der Geldmacht stehen. Täglich sieht man eine gutgemeintere Absichten, die doch nur dem Wohl des Volkes gelten, selbst von Organen der Regierung durchkreuzt und zu nichts gemacht. Heute darf ein großer Teil der diesjährigen Ernte als verloren gelten; sie ist gänzlich in der Gewalt des wuchernden Bauern- und Händlerturns.

In der Einsicht, daß die Preisprüfungsstellen, wenn sie ernstlich beschränkt und beeinträchtigt bleiben, zwecklos sind, weil ja die Beschränkung der Versorgung und Preisgestaltung sich aufs ganze Land und Reich erstrecken, hat man den einseitigen Ausbau des Preisprüfungsstellenwesens für das ganze Land und Reich erstritten. Die lebendige Sicherstellung des Wirtschaftslivens von den örtlichen Preisprüfungsstellen (Gemeinbewirtschaftsamt) zu den übergeordneten Kreis- und Landesstellen bis zur Reichsprüfungsstelle (Reichswirtschaftsamt) mit der Befugnis der Prüfung und Überwachung der Versorgung der Preisgestaltung) wäre aufgrund des Reichsgesetzes vom 29. 11 mit Hilfe der Regierung von heute morgen zu verwirklichen gewesen und hätte bei verständlicher Leitung durch zielbewußte Leute und bei einmütigem Zusammenwirken der noch gesunden Volksteile die Kraft und Macht besessen, die diesjährige Ernte zu erlassen, den Ketten-, Wucher- und Schieberhandel auszuwickeln.

Man hat zu diesem Zweck die badische Regierung ersucht, bei Errichtung des Preisprüfungsstellenwesens mitzuwirken. Sie hat abgelehnt mit der Begründung, die Sache werde demnach reichs-

Theater, Kunst und Wissenschaft

Die Ausstellung im Kunstverein

Die badische Woche ist ein Anfang! — mit diesen Worten beginnt die Programmzuschrift über die Reihe über Veranstaltungen, und mit diesen Worten darf man die anlässlich der Woche veranstaltete Ausstellung im Kunstverein als Motto für seine zukünftige Arbeit zusetzen, denn es ist in der Tat ein grundlegendes neues Geis, der in der Organisation dieser „Ausstellung im Kunstverein“ liegt. An Stelle der konventionellen, gut bürgerlichen Kunst, wie sie meist in den Sälen des Vereins gezeigt wird, steht der lebendige Hauch der mitten in den Gärungsprozessen begriffenen Gegenwart, an Stelle der schalen Auswahl nach dem Grundsatz „was gefällt unseren Mitgliebern und was wird verkauft“ ist eine von umfassenden sachlichen Gesichtspunkten bestimmte Überzicht über die Kunst der Gegenwart gegeben, wie sie von badischen Künstlern ausgeht wird. Die Auswahl der Teilnehmer wurde unter erstmaliger Prüfung des Begriffs „badisch“ bestimmt nach der Abstammung eines Künstlers aus Baden einerseits, nach seiner Anwesenheit in Baden andererseits. Die beschränkten Raumverhältnisse verboten es, eine alle umfassende Ausstellung zu veranstalten. Programmatisch legte die Ausstellungsleitung (Prof. Hauwieser, Maler Göbel und der neue Galeriedirektor Dr. Stord) besonderen Wert auf Künstler, deren Werke bisher in Karlsruhe weiteren Kreisen unbekannt gewesen waren. Viele hatten ja der badischen Heimat den Rücken gekehrt, weil die allmächtige Konvention die Entfaltung ihrer Arbeitskräfte systematisch behinderte; man darf hoffen, daß durch diese Ausstellung auch in dieser Richtung das Eis gebrochen ist. Die Ausstellungsleitung hat, gebunden von einer vielfältigen Jury oder Kommission, infolge ihrer lebendigen Verbindung mit dem Kunstleben der Gegenwart eine überraschend große Anzahl von bedeutenden Künstlern als Badener im obigen Sinn nachgewiesen und zur Ausstellung herangezogen. Ihrer allseitigen Orientierung ist es auch zu danken, daß durch ergab es sich von selbst, daß entgegen der Gewohnheit des Kunstvereines der Verkauf der Bilder in den Hintergrund gedrängt wurde; diese mögliche Ausdehnung von wirtschaftlichen Momenten ist bei einer derartigen Veranlassung prinzipiell durchaus zu billigen, damit allen Abzweigen, als habe das Privatinteresse die Auswahl bestimmt, die Spitze abgebrochen werde.

Diese Zeiten wollen der Ausstellung im allgemeinen und dem durch sie verhöperten Programm gerecht werden. Es ist infolge-

dessen von vornherein sinnlos, den Namen aller einzelnen Künstler zu nennen. Wenn die Einen hervorgehoben werden, so heißt das nicht, daß die Anderen weniger taugen, sondern es geschieht nur, um den Besucher auf die wichtigsten Stücke hinzuweisen und die wichtigsten für die Betrachtung zu geben. Die Fülle des Darbietenen möchte sonst den in der modernen Kunst Unheimlichen verwirren, obwohl die Anordnung der Ausstellung im Besonderen nach den gegenwärtigen Kunstströmungen geschah. Mit solcher Anordnung ist zugleich eine Überzicht über den Stand der heutigen Kunst überhaupt gegeben, denn man bemerkt mit Erstaunen, daß fast alle Richtungen der jüngeren Kunst unter diesen badischen Künstlern vertreten sind. Am nun aufs Einzelne zu kommen, so ist zunächst festzustellen, daß die Zahl der ausgestellten Künstler zu beträchtlich gelungen voller Einseitigkeit im Ganzen und voll ununterbrochener Wechsel im Einzelnen, ohne irgendwo aufdringlich oder überladen geraten zu sein. An Qualität der ausgestellten Werke kann sie sich mit jeder auswärtigen, etwa Münchner oder Berliner Zusammenstellung messen.

Im ersten Saal wirkt besonders wirkend der harmonische Zusammenklang von Plastik, Aquarell und den wenigen Ölbildern. Willingers farbenreiche Aquarelle, Zroendies farbe und personene Plakate und Grommanns linienreiche und im Ausdruck einseitige Gestaltungen stehen an erster Stelle. Die architektonische Vereinfachung der Natur ist das Grundprinzip der Bilder Kandids. Unter den Plastikern treten hier (wie auch in den übrigen Sälen) die Schöpfung des fürstlich nach Dresden berufenen Albiezer und Gerstels hervor. Die große Wagnis des zweiten Saals wird beherrschend von Dalbergers ornamentalen gebaueten Tafeln, die in ihrer Anlage an Glasfenster erinnern; zwei im letzten Saal ausgestellte Aquarelle des gleichen Malers, dessen Arbeitskraft für Baden heute noch verloren ist, lassen in der Sicherheit der Anlage die Reife seiner Entwicklung erkennen. Ebenso ist die Kraft Sofers, der durch eine Reihe von Gemälden vertreten ist (besonders stark die Landschaft!), der engeren Heimat verloren gegangen. Es fallen noch besonders auf die in den Farben harmonisch ausgelegenen Werke von Freghold und Willinger. Da weisen läßt in zwei bis in letzte der Form und des Ausdrucks vereinfachten Bilderbildnissen eine Wandlung zur Strömung erkennen. Das anschließende kleine Kabinett ist auf die im Gegenstand der Darstellung phantastische Kunst gestimmt. Werkwürdig tut neben den Werken Bolfs, Brauchs, Bühlers, Johos die 2 am Ehrenplatz des Kabinetts stehenden Tafeln Gehjards aus. Mitten in

gebens wurde gedrängt, von allen Seiten, bei der Regierung be-
tragt, die Abstempelung der Kartoffeltraktbriefe der Mann-
heimer Kartoffelstelle zu entziehen und es den zuständigen Kreis-
prüfungsstellen zu übertragen.

Ein harter, langer Winter und eine nie dagewesene Teu-
rung stehen vor der Tür. Es geht um Sein und Nichtsein un-
seres Volkes. Man möchte blutige Tränen weinen, wenn man
sieht, wie Schlichth, Geldsucht, Eigenmuth, Unberath, Beschränk-
theit und Verstocktheit im Vereine mit hartnäckigem Festhalten an
alten unzulänglichen, den heutigen veränderten Bedürfnissen nicht
mehr entsprechenden Einrichtungen und Gesetzen das Wirtschafts-
und Ernährungsweisen unterdrücken und das deutsche Volk dem
sicheren Untergange entgegenreiben. Es scheint ja unabweis-
bares Verhängnis zu sein, daß unser Volk verdirbt; aber eine
schwere Schuld werden die zu sühnen haben, die den Zusammen-
bruch verschulden.

Einer schiebt die Schuld auf den Andern

Tauberbischofsheim, 21. Sept. Letzten Samstag fanden in
Großreinderfeld und Wittighausen des Bezirks
Tauberbischofsheim Bauernversammlungen statt, in
denen Geschäftsführer Müller vom Bauernverband Unter-
laben und Vorstand Rinler des Bezirksbauernbundes
Tauberbischofsheim Ortsgruppen des Bauernverbandes Unter-
laben gründete. Neben organisatorischen Fragen kam in der
Aussprache auch unsere Wirtschaftslage ausgiebig zur
Erörterung. Allgemein wurde die ungesunde und wucherische
Kreisläuferei der Schiebergesellschaften gebrandmarkt. Eine
große Gefahr bestände vor allem in der Untätigkeit maßgebender
Regierungsstellen gegenüber diesen wucherischen Vorgängen.
Fast in jeder größeren Gemeinde des Hinterlandes sitzen
Vertreter solcher Schiebergesellschaften, die vor allem das Obst in
die Höhe treiben. Große Sendungen laufen teils an die Schweizer
Grenze, teils in das deutsche Rheingebiet. Schmächtig wird
also der Tiefstand unserer Valuta zu Schiebern an die
Grenze mihbraucht. Riesengewinne sollen trotz enorm bezahl-
ter Preise in die Taschen weniger Schieber, unterdessen das
Volk darbt. Auch im Kartoffelhandel beginnt bereits ein Ueber-
bieten der Aufkäufer. Auch hier sieht man die gleichen Zu-
stände wie beim Obsthandel. Teils werden die Kartoffelladungen
zu Brennereizwecken verwendet, oder aber an die Grenze
geschoben. Gefahr ist im Verzuge, falls nicht in aller nächster
Zeit die Ausgabe der Traktbriefe nur auf landwirtschaftliche
Organisationen beschränkt wird. Nur durch rücksichtsloses Aus-
schalten der allzu vielen Kartoffelgroßhändler kann dieser ge-
fährlichen Kreisläuferei ein Ende bereitet werden. Es ist
höchste Zeit!

Die Hofbewirtschaftung unterliegt im laufenden Wirt-
schaftsjahre, wie Vorgeweis und Gerste, der Beschagnahme. Ge-
mäß § 8 Reichsgetreideordnung sind für Selbstverbraucher 5 Hektar
§ 1 der Verordnung zur Ausführung der Reichsgetreideordnung
für die Ernte 1920 vom 20. August 1920 dürfen Unternehmern
landwirtschaftlicher Betriebe ferner ihren selbstgekauften Hofes
aus der Ernte 1920 an das im Betriebe gebaltene Vieh veräu-
tern, sind also im Eigenverbrauch unbeschränkt. Wenn sie Hofes
verkauften wollen, so dürfen sie dies nur an solche landwirtschaftliche
Unternehmer, die keinen oder nicht genügend selbstgekauften
Futterhofes haben, an die Kommissionäre der Reichsgetreidebestelle
oder eines selbstliefernden Kommunalverbandes, oder an Bezugs-
scheinhaber, landwirtschaftliche Betriebsunternehmer, die nicht
sonst Hofes zur Verfügung haben, als sie zur Verfertigung be-
dürftigen, können solchen mit Genehmigung des Kommunalver-
bandes von anderen Landwirten erwerben. Hierbei darf nicht
über den Durchschnittspreis für nicht landwirtschaftliche Pferde von
5 Pfund pro Tag und Pferd hinausgegangen werden.

Aus dem Lande

Friedrichstal b. Karlsruhe, 23. Sept. Der bei dem Eisenbahn-
unglück schwer verletzte Zugmeister Barth von Karlsruhe befindet
sich auf dem Weg der Besserung. Der Verbandslehrer ist über
die Unglücksfälle freigegeben, dagegen werden die Schnellzüge noch
über Bruchsal geleitet.

Bischweiler, 22. Sept. Nächsten Sonntag, 26. September,
findet punkt 10 Uhr zu Bischweiler im Saale der „Sonne“
eine Bezirkskonferenz statt, in der Gen. Trinks über
Gemeindeangelegenheiten referieren wird. Es ist
für sämtliche Gemeindevorstände Pflichtsache, dabei zu erscheinen.

Saunerebstein, 22. Sept. Heute früh gelang es der hiesi-
gen Polizei den Buchhalterlehrling R. Drechsler von Saunereb-
stein, der schon mehrere Tage von der Barmmerie gefahndet
wird, zu verhaften. Derselbe soll bei der Firma Marx u. Co.
Baden-Baden, Ofenfabrik, etwa 6000 M unterschlagen haben. Der
Benannte ist auch Vorstand vom katholischen Jungen-Männer-Vere-
in und man erwartet, daß am nächsten Sonntag die Angelegen-
heit von der Anzehl herunter behandelt wird, wie das in Fällen
von Angehörigen anderer Parteien schon geschehen ist.

Wiltshausen b. Rehl, 22. Sept. Ein hiesiger Maurer, der infolge
einer Gasvergiftung im Felde hochgradig erkrankt war, erholte sich
drei Monate alles Kind, weil es unruhig war.

Lahr, 22. Sept. In Diersburg kam der erst aus fünfjähriger
Gefangenschaft heimgekehrte Landwirt Heinz. Reih, Vater von
5 Kindern, unter seinen Wagen und erlitt derartige Verletzungen,
daß er starb.

Freiburg, 22. Sept. Wegen Unterschlagung von Geldern, die
während des Rapp-Putsch für die Wachmannschaften der hiesi-
gen Einwohnervorwehr bestimmt waren, ist lt. Volkswacht Stadtrat
Kunz in Untersuchungshaft genommen worden.

Unser neuer Opernregisseur Hans Lange, der in der
letzten Spielzeit mit „Bohème“ seine große Fähigkeiten bewies,
hat hier den Karlsruhern wieder gezeigt, was Regie, Opern-
regie heißt. Man schaute sich einmal beispielsweise die Ritter-
szene an, wie hier beim Auftritt des Kreuzgugelhörners sich alles
gruppiert, wie die ganze Eindruckskraft dieser Szene durch die
Bewegung des Chores und des Mönchs sichtbar gemacht wird.
Der Zuschauer „sieht“ nur, was vorgeht. Wichtig, er soll, ja auch
nicht mehr und darf nicht mehr! Und darin besteht gerade die
Arbeit des Regisseurs, daß man die „Abicht“ — nicht mehr!
Das Ganze muß wirken. Und Hans Lange versteht sich drauf.
Emil Burgardt hat aus bescheidenen Mitteln ein neues
Führerbild zusammengestellt, das der inneren Größe des Werkes
durchaus entspricht und den Gesamteindruck trefflich unter-
stützt.

Die Ratin des Werkes, Adena Fassbender spielte
und sang die Titelrolle. Sie ist der königlichen Frau gleichsam
vorbestimmt. Alles an ihr eine auffällige Linie, alles
„Wille bis zum Zusammenbruch; eine Gestalt, die die tiefsten
Schicksale des Menschen ahnen ließ. . . Josef Schöffel
singt den Fischer sehr gut, weiß ihm auch da und dort drama-
tische Akzente zu geben; die sehr schwere Rolle wird in seinen
Händen noch an Einheitslichkeit gewinnen. Von den übrigen
Gestalten sei vor allem des Predigers von Hans Wussard
gedacht; gretzellos eine der bedeutendsten Leistungen des prächtigen
Künstlers. Was er stimmlich gab, genügt kaum von seinem
fünfundsiebzigjährigen Hiesigen. Marie Lange-Wale
sang das Ritterfräulein mit annütiger und feinschmelzender
Stimme. Hier wäre eine Sourette! Und die Tatsache, daß
eine Oper mit der Suche nach einer Sourette die Spielzeit
beginnt, wäre damit aus der Welt geschafft. — Stürmisch war
der Beifall des ausverkauften Hauses. Amitten der Aufsübenden
konnte der Komponist, stürmisch begrüßt, sich zeigen. s. k.

Freiburg, 22. Sept. Dem anatomischen Institut, das durch
den feuerzeitigen Hitzegriff viele wertvolle Präparate ver-
loren hat, wurde durch Medizinalrat Prof. Dr. Haberer in Gries-
bach eine wertvolle Sammlung präparierter und konservierter Ge-
hirne von Schimpanzen, ferner Schädel von Naubtieren und Affen
zum Geschenk gemacht, die Dr. Haberer während seiner ärztlichen
Tätigkeit in Kamerun angelegt hat.

Fugen, 22. Sept. Im Amtsgefängnis machte ein 23jähriger
Vursche aus Wüplingen, der wegen Diebstahls in Untersuchung-
haft war, seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Er hatte sich
aus dem Bettuch einen Strid gedreht.

Waldbühl, 22. Sept. Geheimdruckeri. Wie der „Al-
bote“ berichtet, wurde am Sonntag ein Angestellter des Degenerer
Elektrowerkes von Berliner Kriminalbeamten verhaftet. Sie be-
schlagnahmten eine Druckerleinrichtung, mit der der Verhaftete,
der im Bunde mit einer Schiebergesellschaft stand, Steuerbände-
rollen für Zigaretten fertigte und fälschte. Dem Schwindel kam
man in Berlin, wo der Betrieb der „Gesellschaft“ stattfand, auf
die Spur. Aber erst durch Zufall wurde die Quelle entdeckt; die
Druckerei „erlebte“ der Verhaftete aus der Kriegszeit.

Schleifhandlung auf der Eisenbahn. Im Monat August wurden
auf badischem Eisenbahngebiet 18 Eisenbahnwagen mit Schleich-
handelsware beschlagnahmt, darunter drei Wagen mit Zweifeln
jeweils mit Brennholz, mehrere andere mit sonstigem Holz, je ein
Wagen mit Riese und mit Weizen. Außerdem wurden drei
Stück Vieh und sechs Eingebräute ver-
schlagnahmt.

Der diesjährige Weinpreis

Aus Brisingen b. Müllheim wird berichtet: In einer Bezirks-
bauernversammlung wurde die Weinpreisfrage erörtert und die
Preise auf 1700—2000 Mark pro Oha (ungefähr 150 Liter) fest-
gesetzt. Die im letzten Jahr vom Landespreisamt für das Mark-
gräflich-land festgesetzten Höchstpreise betragen 880—420 Mark für
Weiß- und 420—470 Mark für Rotweine für 100 Liter.

Welcher Preis für den Einzelverkauf herauskommen wird,
kann sich jeder selbst ausrechnen. Es wird nicht mehr lange dauern
und der Wein ist sämtlich nur für Schieber und Wucherer refer-
viert. Die breite Masse wird sich solchen nicht mehr leisten können.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 23. September.

Der Abschied der Reichswehrtruppen aus Karlsruhe
Mit dem heutigen Tage haben sich auf Befehl der Entente die
letzten badischen Soldaten hinter die 50 Kilometer-Zone zur-
rückziehen müssen. Das bedingt, daß die bisher hier in Karlsru-
he noch garnisonierenden Reichswehrtruppen, das Grenadier-
Bataillon 113 und die Schwadron Kavallerie die Stadt ver-
lassen müssen. Das Grenadier-Bataillon geht zunächst nach
Heilbronn und wird dann nach Reiningen beordert werden,
die Schwadron wird in Zukunft in Ludwigsburg garni-
sonieren. Zum Abschied sind gestern auf dem Marktplatz
eine schlichte, in ihrem äußeren Verlaufe und Aufmachung völlig
prunklose Abschiedsfeier statt. Unter klingendem Spiel rückten
gegen 11 Uhr vormittags die Truppen auf den Marktplatz, wo sie
gegenüber dem Rathaus Aufstellung nahmen. Der mächtige
Platz war von einer großen Menschenmenge besetzt, die für
lange Zeit zum letztenmale ein militärisches Schauspiel ge-
nießen wollte und konnte. Unter Führung des bisherigen
badischen Landeskommandanten, Herrn General v. Davans,
traten Johann Vertreter der badischen Regierung, der Stadt
und anderer Behörden vor die Front. Zunächst sprach General
v. Davans zum Abschied, in sehr einfacher Weise, die sich
frei von allen Ueberheblichkeiten hielt. Auch da blieben
die Ausführungen des Generals durchaus faktisch, als er
daran sprach, daß hoffentlich bald wieder die Zeit kommen möge,
wo die Truppen in die Heimat zurückkehren können und nicht
fremde Mächte uns vorschreiben dürfen, was wir im Innern
des Landes tun oder lassen wollen. Scharf und ernst klang
seine Mahnung an die Soldaten, allezeit pflichttreu und so zu
handeln, daß sie sich der allgemeinen Achtung erfreuen.

Namens der badischen Regierung sprach der Minister des
Innern, Gen. Remmele. Der Minister wies darauf hin,
daß die badische Regierung feinerzeit keineswegs Freiwilligen-
formationen gegründet hat, um einen Keil zwischen Regierung
und Volk zu treiben, sondern lediglich, um die lebensnotwendige
Ordnung garantieren zu können. Es sei der lebhaftesten
Wünsche, den die Regierung den scheidenden Truppen
wünschen könne, indem sie auf die Tatsache verweise, daß beim
Ausbruch des Rapp-Putsch im März ds. J. auf die Truppen
der Regierung, alle früheren badischen Formationen Kar und
einflusslos erklärt haben, sie hatten ihr der Regierung ge-
gebenes Wort und werden treu zur Regierung und zum Volke
stehen. Er hoffe und erwarte, daß die badischen Truppen auch
an ihren neuen Bestimmungsorten diesen Geist sich bewahren
werden. Gerade die Mitglieder der Regierung, die aus den
untersten Schichten des Volkes in die Regierungsstellen getom-
men seien, wissen es sehr wohl zu würdigen, wie schwer in be-
stimmten Fällen die Aufgabe der Reichswehr sei. Es müsse
anerkannt werden, daß die badischen Formationen stets pflicht-
treu gehandelt haben. Die Truppen möchten auch in Zukunft,
neben der Pflichterfüllung im Ernstfalle stets den Geist der
Mäßigkeit bewahren. Mit Worten des Abschieds schloß der
Minister seine Rede. Herr Oberbürgermeister Dr. Finter-
schien die schlichte Feier mit einer kriegerischen Festlichkeit be-
wechelt zu haben; dementsprechend war im allgemeinen auch
der Inhalt seiner Rede, die vom bunten Rod, von Grenadieren,
Dragonen und Artilleristen und Militärkapellen in etwas
stark schmärerischer Weise erzählte. Kurze Dankesworte des
Generals, dann militärische Kommandos, und die Kapelle spielte
„Deutschland, Deutschland, über alles . . .“ Dann erklang
ein Marsch und — beinahe so eralt wie früher — konnten die
vielen Tausende von Zuschauer einen Paradezug sehen. Mit
klingendem Spiel zogen die Truppen wieder den Karneren zu,
begleitet von Mänslein, Weiblein und Kindlein. Das Publi-
kum beschämte sich müßtergültig während der kurzen Abschieds-
feier. Karlsruhe ist Garnisonstadt gewesen.

Die diesjährige Sechslange

Zur regelrechten Sechslange scheint sich die aufregende Ge-
schichte von der vermeintlichen Untauere der Karlsruher Ober-
realschule auszuweiten zu wollen. Wahrscheinlich und außerordentlich
Wähler haben den dankbaren Stoff aufgegriffen, um wehmütige
monarchistische Ergriffe über ihre Leser zu schütten. Daß natürlich
die „Süddeutsche Zeitung“, dieses Fachblatt der Wohl-
geinten, das nicht umzubringende Repit durch seine Spalten
schleifen würde, hat der Kundige nicht anders erwartet. Gestern
nun, am Tage des Wiederbeginns des Unterrichts, haben Neben-
hände über Nacht, der Bapicnot zum Trost, eine Menge farbi-
ger Pötel an das betreffende Schulhaus geschickt, teils mit dem
Inhalt: „Hier ist die Friedrichschule“, teils mit einem tief-
sinnigen Spottgedicht auf den an der ganzen Angelegenheit
völlig unschuldigen Karlsruhe der Stadtrat. Dieses Vor-
gehen veranlaßt uns zur Bekanntgabe des wahren Sachverhalts,
um der Sechslange endlich den Kopf zu zerreißen.

Zuerst beläste die „Süddeutsche“ die Nichtgeltung ab notam
zu nehmen, daß die hiesige Oberrealschule nicht auf den Namen
„Konstigschule“, sondern „Selmhalschule“ getauft wurde. Den
Anlaß zu der Nennung gab der Umstand, daß in Karlsruhe
von diesem Schuljahr ab zwei Oberrealschulen bestehen werden.
Es lag also die Notwendigkeit vor, die beiden Schulen durch einen
Namen zu unterscheiden. Dem Lehrerkollegium der Oberrealschule
ging die Aufforderung zu, sich für einen Namen zu entscheiden;
von verschiedenen Vorschlägen fielen auf den Namen „Selmhals-
schule“ weitans die meisten Stimmen, nicht zuletzt deswegen, weil
die Selmhalsstraße dicht hinter dem Saal der Oberrealschule
vorbeizieht.

Die Annahme, die Oberrealschule habe bisher Friedrichschule
geheißen, beruht auf einem Mißverständnis, das allerdings aus
der Inschrift am Giebel des Schulhauses rührend ist. Dem
genauen Beobachter muß aber auffallen, daß diese Inschrift
nicht lautet: Friedrichschule, sondern Friedrichs-Schulhaus.
Da liegt der Haken im Pfeffer. Es bestand bisher hier die hiesi-
gische seitene Erziehung, daß eine Schule nicht nur die hiesi-
gische, sondern die sächsische, den sächsischen Namen zu füh-
ren, der in goldenen Letztbuchstaben auf ihrem Giebel prangt.
Ein Kuriosum, das nur in der „guten alten“ monarchischen Zeit
oder „unter dem alten Großherzog“, wie die Badener so gern
sagen, möglich war. Als nämlich vor Jahren dieses neue Schul-
gebäude fertiggestellt und von der Oberrealschule bezogen wurde,
wollte der damalige Direktor im Einverständnis mit dem Stad-
trat in freudiger Bereitwilligkeit der Schule den Namen „Friedrichs-
schule“ verleihen. Er ließ bereits Impresen drucken mit diesem
Titel und die Goldbuchstaben am Giebel anbringen. Aber die
Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Großherzog Friedrich
lehnte die ihm angebotene Ehrengabe ab — nicht aus Bes-
cheidenheit, denn es gibt im badischen Rußlandlande Landau
und Landau zahlreiche Gebäulichkeiten, Klöster, Straßen, Brücken,
Parks, die den Namen Friedrichs tragen.

Die Ablehnungsgründe Friedrichs, für dessen Verdienste um
Kunst und Wissenschaft die „Süddeutsche“ sich so warm ins Zeug
gelegt waren vielmehr ganz anderer Art. Dieser fürstliche „Voh-
brecher“, wie ihn die Zeitung nennt, der „so mader mitgeschick-
hat am Aufbau des Neuen“, war als Mann der alten Schule in
der rührenden Aufschauung befangen, daß nur derjenige Mensch
Anspruch auf den Titel eines Gelehrten erheben dürfe, der in
seiner Jugend mindestens eine griechische und eine lateinische
Grammatik zerlesen hat. Diese Ansicht ist heute noch nicht aus-
gestrichen in gewissen Kreisen, die ein körperliches Unbehagen
empfinden, wenn sich ihnen ein Mensch nähert, dem sie auf um-
der Schritte anhaben, daß er temals mit den Schönheiten der
Vorba auf — mit oder mit der consecutio temporum befaßt ge-
worden ist. Die wenig schmeichehafte Abgabe des Landesherren an
die Direktion der Schule, die in den allerhöchsten Augen nicht als
pollwertige Bildungsanstalt galt, ist eine peinliche Lage. Die
Impresen waren gedruckt, und die Giebelinschrift schimmerte im
neuen Goldglanz. Ein finstiger Kopf erfaßte den Ausweg, nicht
die Schule, sondern nur das Schulhaus auf den Namen des
Landesvaters zu taufen. Der Direktor der den allergrößten
sich fürstlich auf seinen Allerwertesten bereits verstimmt hatte,
war hocherfreut darüber, der Fäulni war einverstanden, und es
kam es denn, daß an dem Gebäude der bisher namenlosen
Schule die Inschrift „Friedrichs-Schulhaus“ steht.

Natürlich hat es nahe gelegen, bei der Namensgebung den
Namen Friedrichs vom Schulgebäude auf die Schule zu über-
tragen. Gründe der Pietät sprachen dagegen. Was dem leben-
digen Großherzog nicht recht war, würde dem toten nicht billig
sein. Ein anständig denkender Mensch wird sich nicht den Namen
eines Täuflers erlauben. Wir müssen schon sagen, daß dieses
Roths und hinterredend gerechtfertigt erscheint, und es wäre zu
dem von dem Schicksal der Oberrealschule mehr als charakte-
risch gewesen, hätten sie die Beileidigung, die der lebende Groß-
herzog dem ganzen Karlsruher Schulwesen, seiner Lehrer- und Schül-
erschaft auferlegt, nicht empfunden und in kriegerischer Unterwür-
igkeit sich den hiesigen Namen nachträglich beigelegt.

Wir rechnen mit der „Süddeutsche“ nicht über Friedrichs
Verdienste, ebensowenig wie über seine Fehler. Da wir hier an
der Quelle sitzen, bedürfen wir darüber keiner Belehrungen aus
der Dürrenberg. Wir zanken uns auch nicht über die Leistungen
der Karlsruher Stadträte, wobei scheint uns aber sicher, daß die
lehrer für Fortschritt, Wohlfahrt und Kultur ihrer Mitbürger
hundertmal mehr praktische Arbeit leisten, als ein ganzes
Schulbestimmtes Nationaler Mühsüßer und antiemittischer He-
papel, wie sie fast täglich in der „Süddeutsche“ zu Wort kommen.

* Sternstauung. Der Beginn des astronomischen Herbstes
fällt in diesem Jahre auf den 23. September, morgens 9 Uhr,
wenn die Sonne bei ihrem jährlichen Abstieg von Norden nach
Süden in den Himmelsäquator tritt und endigt, wenn die
Sonne ihre größte jährliche Deklination erreicht hat, in unserem
Jahre am 22. Dezember morgens 4 Uhr. Am Herbstanfang
sind Tag und Nacht gleich, daselbst tritt bekanntlich auch am
Tage des astronomischen Frühjahrsbeginns ein. Winteran-
fang ist der kürzeste Tag des Jahres. Am ersten Herbsttag
tritt die Sonne in das Zeichen der Waage, am ersten Winter-
tag in das Zeichen des Steinbocks. Mit dem astronomischen
Herbst ist der meteorologische nicht zu verwechseln. Dieser hat
seit Wochen schon begonnen. Im allgemeinen gelten in me-
teorologischer Hinsicht die Monate September, Oktober und No-
vember als Herbstmonate.

Na. Viehmarkt in Karlsruhe. Der Viehmarkt am 20. Sep-
tember im Stadt. Viehhof war sehr stark besetzt. Im Ganzen
waren aufgetrieben: 205 Stück Großvieh und zwar 88 Ochsen,
104 Bullen, 4 Kühe und 81 Rinder, ferner 184 Käuferweine.
Trotzdem aus der Umgegend und von den Städten Rastatt,
Korbheim und anderen gährliche Käufer erschienen waren,
wobei der Markt nicht geräumt, sondern es blieb ein erheblicher
Ueberstand, da die Preise außerordentlich hoch waren. Die-
selben bewegten sich zwischen 13 und 17 M für das Pfund
Schlachtweg.

(1) Kammerplatzabend Künstlerhaus, Karlsruher. Wir
machten nochmals darauf aufmerksam, daß der Kammerplatz-
abend (Abschied) auf Ophelia von Edwin Krutina und Joseph
Lichter von Ferdinand Rüh) im Künstlerhaus, Karlsruher, statt-
findet und um 7 Uhr beginnt.

Badischer Lichterabend. Zu dem Programm ist noch nach-
zutragen, daß Herr Fritz Metz einen Vortrags von Heinrich
Hörzoldt und Herr Otto Kienerser Dichtungen von Alfred
Wombert zu Gehör bringen werden. An Stelle der erkrankten
Frau von Ernst werden Renetta Ernstorff und Käthe Dell die
Lieder von Lorenz und Margarete Schweifert singen.

(1) Verabstimmung. Die am Freitag, 24. Sept., im 2. Sin-
fonieconcert der Bad. Hochschule im Landestheater u. a. zum Vor-
trag gelangenden Lieder sind nicht von Frau Albert Durban,
sondern von Dr. Karl Turban, Mainfeld.

Na. Schenkung. Die Firma Johann Fawewet, Instru-
mentenmacher und Kunstgegenbauer, hier, hat dem Oberbür-
germeister anlässlich ihres 75jährigen Geschäftsjubiläums die
Summe von 600 M zur wohltätigen Verwendung für die Armen
der Stadt, die Ferienkolonien und die Kriegsblinden über-
wiesen.

1. Geschäftsverlegung. Die Firma Gebrüder Jung
Wandgeschäft, seiner Karlsruherstraße 4 hat einen bemerkens-
werten Schritt vorwärts gemacht. Seit gestern hat die Firma
ein ihrem stets wachsenden Geschäftsbetrieb angemessenes wirt-
schaftliches Heim in der Kreuzstraße 4 bezogen. Die schon vor ein-
gerichteten Räume bilden einen neuen Anziehungspunkt von
Karlsruhe. Durch Neuaufnahme zweier Angestellter wurde der
Betrieb bedeutend erweitert.

p. Selbstmordversuch. Gestern versuchte sich eine hier woh-
nende Kellnerin in Karlsruherm Zustand in einem Vorfall
auf dem Schlossplatz zu ertränken. Sie wurde durch Vorbeigehende
aus dem Wasser gezogen und wieder zum Bewußtsein
gebracht.

p. Totschlagversuch. In verlassener Nacht gab ein hier
wohnhafter verheirateter Handelsmann am Durlacher Tor nach
botausgegangenem Wortwechsel auf seinen Bruder, einem ver-
heirateten Klempner aus Durlach einen scharfen Pistolenschuß
ab, ohne diesen zu treffen. Der Täter wurde festgenommen.

Präsidentenwahl. Freitag abend 5 Uhr Sitzung im „Volkstempel“.

Die Schaufenker mit ihren hübschen dekorativen Ausstellungen finden stets die Bewunderung recht vieler Passanten.

Religiöser Vortrag. Am Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, findet, wie uns geschrieben wird, im Hotel „Friedrichshof“ ein Vortrag über „Die Ziele, die Wirkung und die Verbreitung der universalen Bahai-Religion“ statt.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend im Lokal „Garnier-Halle“ Zusammenkunft mit Vortrag von Gen. Reichstagsabg. Schöpflin über „Handhabung der Geschäftsordnung in Versammlungen“.

Engländerfall. Gestern abend betruglachte am hiesigen Güterbahnhof beim Rangieren ein Arbeiter dadurch, daß er vom Trittbrett des Wagens absprang, zu Fall kam und sich eine Verletzung am rechten Fuß zuzog.

Die Ankunft von Ferienkinder. Der letzte Transport mit 400 Kindern traf gestern abend ein. Recht zahlreich hatten sich die Angehörigen der Kinder zum Empfang eingefunden.

Ein weiterer Zug traf gestern abend 8.20 Uhr ein. In demselben befanden sich 500 Ferienkinder, die nach der Schweiz geleitet wurden.

Badische Woche

Nicht nur Kunst, Dichtung und Musik sollen anlässlich der Badischen Woche zur Darstellung kommen, sondern auch der Sport soll in ausgiebiger Weise zu seinem Rechte kommen.

Nächsten Samstag und Sonntag treten die Arbeiterpartei auf den Plan, und zwar beabsichtigen sie ihr 1. Sportfest. Alle Zweige des Arbeiterports sind vertreten.

Am Sonntag morgen 10 Uhr wird das jüngste Mitglied der hiesigen Arb.-Sportbewegung, der Wasserportverein im Stadt. Bierstadion ein Schauwettbewerb veranstalten.

Auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft an der Lindeheimer Allee beginnt am Sonntag morgen um 8 Uhr die Wettkämpfe und sonstigen turnerischen und sportlichen Veranstaltungen.

Vorm. 8 Uhr: Waidlauf. Start: Mühlburger Tor. Ziel: Sportplatz (Haupteingang). 10 Uhr: Beginn der Einzelwettkämpfe wie 100 Meter-Lauf, Speerwerfen, Hochsprung, Stabhochsprung, Angelstocher, Ringen und Dürmerfahren.

Offentlich lobt ein zahlreicher Besuch die Mühe und Arbeit, die sich die Mitwirkenden unterzogen haben.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

In der Berichtswochen vom 9.-15. September ds. Jrs. ist in Bezug auf Zunahme in der Erwerbslosigkeit ein gewisser Stillstand zu beobachten, doch kann noch nicht übersehen werden, als eine allgemeine Besserung der Lage zu erwarten ist.

Die Lage in der Textilindustrie ist weiter in einer gewissen Besserung begriffen, da eine Anzahl von Fabriken erhöhte oder volle Arbeitszeit aufgenommen haben.

Erwerbslosenunterstützung wurde an 4076 Männer und 404 Frauen mit 267 158 M. ausbezahlt.

Anmeldungen für das Kinderheim Mühlhausen. Von unterrichteter Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anmeldungen für das Kinderheim Mühlhausen zulässig sind.

Naturfreunde Gau Baden. Die Ortsgruppen Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Forstheim und Göttingen werden gebeten, das neue Nachrichtenblatt bei Gen. Coblenz, Karlsruhe, Schützenstraße 37 A. zu abonnieren.

Jugend und Sport

Naturfreunde Gau Baden. Die Ortsgruppen Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Forstheim und Göttingen werden gebeten, das neue Nachrichtenblatt bei Gen. Coblenz, Karlsruhe, Schützenstraße 37 A. zu abonnieren.

Gewerkschaftliches

Aktion Betriebsräte!

Der Aufbau der Betriebsräteorganisation laut Richtlinien des A.D.G.B. ist nahezu vollendet. In allerhöchster Zeit findet die Konstituierung des neuorganisierten Zentralrates statt.

Der gesamte Arbeiterschaft von Karlsruhe zur Kenntnis, daß durch den vollendeten Aufbau der neuen Organisation der alte provisorische Zentralrat überflüssig wird.

Letzte Nachrichten

Ein schweres Eisenbahnunglück

WZ. Kassel, 22. Sept. Die „Hessische Post“ meldet: Auf der Eisenbahnstrecke Göttingen-Bebra zwischen den Bahnhöfen Göttingen und Korbach ist am 22. September ein schwerer Unfall geschehen.

Keine Kartoffelstörche mehr bei der Eisenbahn. Berlin, 23. Sept. Die Reichsartoffelstelle erklärt, daß die Sperre der Eisenbahn für die Kartoffeln als beendet gelten kann.

Gegen die Kandidatur Millerand. Paris, 22. Sept. Die demokratische Linke, die Sozialisten, die Radikalen und die Radikal-Sozialisten beschließen, die Kandidatur Millerands abzulehnen.

Die dänischen Reichstagswahlen. Kopenhagen, 22. Sept. Die Wahlen für das Folketing, die durch die Einberufung Nordjütlands notwendig geworden sind, fanden gestern statt.

Radikale, 42 Sozialisten und 52 Abgeordnete der gemäßigten Linken (Liberale). Die gemäßigte Linke bildet die Regierung. Das neue Folkething wird 140 Mitglieder zählen.

Valuta-Bericht vom 22. September

Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 10.40 Frs. Auszahlung Holland notierte etwa 18.85 M. per holl. Guld.

Wasserstand des Rheins

Schweizerseil 205, gest. 5; Rehl 297, gest. 1; Mainz 473, gest. 8; Mannheim 868, gest. 10 Zentimeter.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 23. September 1920

Nach vorübergehender Besserung im Verlauf des gestrigen Nachmittags, bringen uns flache, über dem Festland lagernde Luftmassen noch einige geringe Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion

G. Göttingen, Freitag von 4-5 Uhr.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Post, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenchaftsbewegung, Jugend und Sport, Preislisten Josef Giese; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportklub). Die Kartellangehörigen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß von morgen Freitag ab Arbeitswillige sich auf dem Turnplatz an der Lindeheimer Allee einfänden können.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Gehausgebote. Kristian Bär von Bergen, Ing. in Eberbach, mit Anna Gegenheimer von hier. Jul. Wäber von Staufen, M.-Schlosser hier, mit Luise Schneider von Speyer.

Unsere Filialinhaber

welche den „Volkstempel“ durch die Post überwiesen erhalten, wollen die für Oktober benötigte Bezugszahl spätestens bis zum Samstag, den 25. ds. Mts., uns mitteilen.

Karlsruher Parkett- u. Fenster-Reinigungs-Institut. Reinigen von Parkettböden, Fenstern u. Glasflächen. Adolf Kiesel, Rudolfstr. 25 III.

Achtung! Verkauf in Herrenanzügen. Um der starken Nachfrage gerecht zu werden, wird unser Verkauf bis kommenden Samstag, den 25. September fortgesetzt.

Oetker's Rezepte. gelingen immer! Man versuche: Einfacher Napfkuchen. Zutaten: 500 g Mehl, 1 Päckchen von Dr. Oetker's Backin, 200 g Zucker, 2 Päckchen von Oetker's Milch-Eiweißpulver, 1 Päckchen von Dr. Oetker's Vanillinzucker.

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlerstrasse 16. Telephone 3701. Instrumente aller Art. Größte Auswahl, billigste Preise, Günstige Zahlungsweise. Odson-Musikhaus Karlsruhe, Kaiserstraße 175. Telephone 339.

